P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Rates
der Stadt Georgsmarienhütte vom 16.12.2021
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181

Anwesend:

Vorsitz

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin

Beermann, Volker

Bölscher, Johannes

Büter, Rainer

Claus, Martin

Dälken, Martin

Dierker, Heinz

Ferié, Friedrich, Dr.

Flaßpöhler, Mike

Funke, Petra

Gießelmann, Ines

Gröne, Christoph

Jantos, Annette

Kasselmann, Jens

Kir, Emine

Kleinheider, Marius

ab TOP 3

Knuf, Josef

Kremer, Christian

Krüger, Sebastian

Lietzke, Fabio

Lorenz, Robert

Müller, Arne

Olbricht, Jutta

Petzille, Christina

Pohlmann, Jonas

Rathsmann, Volker

Rosemann, Sabrina

Ruthemeyer, Christoph

Spreckelmeyer, Margit

Spreckelmeyer, Stephan

Springmeier, Wolfgang

Steinbrink, Tanja

Symanzik, Julian

Többen, Reinhard

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Wallenhorst, Sandra

Weckermann, Irina

Welkener, Jörg

Verwaltung

Herzberg, Alexander
 Dimek, Torsten
 Menke, Sascha
 Brune, Theresa
 Otten, Niklas
 Stiegemeyer, Wolfgang

Gleichstellungsbeauftragte

Häring, Susanne, Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführung

Jahnke, Claudia

zur Beratung hinzugezogen

Dorroch, Jörg

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19.40 Uhr

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
------------	----------------

1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung von Protokollen
2.1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2021 über die öffentliche Sitzung des Rates am 04.11.2021
- abgesetzt
2.2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2021 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.11.2021
3.	Berufung von hinzugewählten Vertreter/-innen im Schulausschuss
a) Berufung der Lehrervertreter/-innen
b) Berufung der Elternvertreter/-innen
c) Berufung der Schülervertreter/-innen
Vorlage: BV/283/2021
4.	Verlängerung der Bau- & Betriebsverpflichtung für die Fa. Fip Zahnkunst GmbH
Vorlage: BV/287/2021
5.	Erneuerung von 8 Bushaltestellen im Stadtgebiet 2021; Auftragsvergabe
Vorlage: BV/299/2021

6. 75. Flächennutzungsplanänderung "Südlich Schulzentrum und Südlich Panoramabad" - Abwägung der Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB sowie gemäß § 4a Abs. 3 BauGB - Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/235/2021
7. Wirtschaftsplan 2022 der Stadtwerke Georgsmarienhütte - Eigenbetrieb Abwasser
Vorlage: BV/280/2021
8. Entgelte 2022 für Schmutz- und Niederschlagswasser
- 8.1. Entgelt 2022 a) Schmutzwasser
Vorlage: BV/281/2021
- 8.2. Entgelt 2022 b) Niederschlagswasser
Vorlage: BV/282/2021
9. Kreditaufnahme 2021 Eigenbetrieb Abwasser
Vorlage: BV/286/2021
10. Streichung A15-Stelle Volljurist/in im Stellenplan - 1. Nachtragshaushaltssatzung
- 10.1. Streichung A15-Stelle Volljurist/in im Stellenplan - Antrag der CDU-Fraktion, GfG-Fraktion und Bündnis/90 Die Grünen/DIE LINKE-Gruppe
Vorlage: BV/298/2021
- 10.2. I. Nachtragshaushaltssatzung 2021 mit Nachtragsstellenplan
Vorlage: BV/307/2021
11. Dorftwicklungsmaßnahme "Anlage eines Dirtparks"; Kostenfortschreibung und aktualisierte Planung
Vorlage: BV/304/2021
12. Bericht der Bürgermeisterin
13. Anfragen
- 13.1. Betrieb auf der Fläche Malberger Esch 12
- 13.2. Offener Brief im blick-punkt
- 13.3. Weitere Baugebiete
- 13.4. Kosten juristischer Beratungen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung und zur Nachtragstagesordnung vom 09.12.2021 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Ratsvorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung von Protokollen

2.1. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2021 über die öffentliche Sitzung des Rates am 04.11.2021 - abgesetzt

Dieser Punkt wurde von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

2.2. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2021 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.11.2021

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 6/2021 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.11.2021 wird genehmigt.

3. Berufung von hinzugewählten Vertreter/-innen im Schulausschuss
a) Berufung der Lehrervertreter/-innen
b) Berufung der Elternvertreter/-innen
c) Berufung der Schülervertreter/-innen
Vorlage: BV/283/2021

Auf den Inhalt der Beschlussvorlage wird verwiesen. Der Ratsvorsitzende Hebbelmann bittet um Abstimmung.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

In den Schulausschuss werden folgende Hinzugewählte berufen:

- a) Lehrervertreter: Mark Reinhardt
Stellv. Lehrervertreterin: Julia Bohlen
- b) Elternvertreter: Sven Vinke
Stellv. Elternvertreterin: Jessica Arkenberg
- c) Schülervvertreterin: Sina Gärke
Stellv. Schülervvertreterin: Franka Ziegler

**4. Verlängerung der Bau- & Betriebsverpflichtung für die
Fa. Fip Zahnkunst GmbH
Vorlage: BV/287/2021**

Es liegt eine einstimmige geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vor.

Eine Aussprache wird nicht gewünscht, so dass der Ratsvorsitzende Hebbelmann um Abstimmung bittet.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte macht zunächst nicht von dem Recht Gebrauch, das bereits an die Fa. Fip Zahnkunst GmbH vermarktete Grundstück aufgrund der nicht fristgerechten Bebauung des Grundstücks zurückzukaufen. Die im Kaufvertrag festgehaltene Bau- und Betriebsverpflichtung für die Fa. Fip Zahnkunst GmbH wird letztmalig bis zum 31. Dezember 2023 verlängert.

**5. Erneuerung von 8 Bushaltestellen im Stadtgebiet 2021;
Auftragsvergabe
Vorlage: BV/299/2021**

Der Ratsvorsitzende Hebbelmann bittet um Zustimmung zur einstimmigen Beschlussempfehlung aus dem Verwaltungsausschuss. Er weist darauf hin, dass zwischenzeitlich die Freigabe des Rechnungsprüfungsamtes für diese Vergabe vorliegt.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Fa. Unverfehrt, Bad Laer, ist mit der Durchführung der Straßen- und Wartehallenbauarbeiten zu beauftragen. Die Auftragssumme beträgt 272.114,90 €.

**6. 75. Flächennutzungsplanänderung "Südlich Schulzentrum und Südlich Panoramabad" - Abwägung der Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB sowie gemäß § 4a Abs. 3 BauGB - Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/235/2021**

Die im Fachausschuss mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung wurde im Verwaltungsausschuss geändert und einstimmig beschlossen.

Ratsherr Beermann, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr, erläutert den Beschlussvorschlag zur Entwicklung der sog. „Hempfen-Flächen“. Eine Entwicklung dieser zentrumsnahen Flächen habe man seit langem favorisiert. Im Jahr 2018 habe man endlich, nachdem die Flächen erworben werden konnten, einen Aufstellungsbeschluss für dieses seit Jahren größte Bauleitplanverfahren gefasst; neben der Wohnbebauung spiele dabei auch die Wasserwirtschaft eine Rolle. Es wurde eine zweite Auslegung durchgeführt, nachdem die Anstoßwirkung für die erste Auslegung als nicht ausreichend angesehen worden war. Er bittet um Zustimmung zum jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet der Ratsvorsitzende Hebbelmann um Abstimmung.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst

1. Die im Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB sowie gemäß § 4a Abs. 3 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die abgegebenen Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden unter Rücksichtnahme auf die privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander gemäß dem Vorschlag der Verwaltung behandelt und beschlossen, wobei die Formulierung zum Abwägungstext Nr. 6 Satz 6 der Abwägungstabelle 1. Bürger-Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf S. 3 angepasst wurde.
2. Die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes des Stadt Georgsmarienhütte einschließlich Begründung mit Umweltbericht wird unter Berücksichtigung der Entscheidungen aus 1. festgestellt und beschlossen.

**7. Wirtschaftsplan 2022 der Stadtwerke Georgsmarienhütte - Eigenbetrieb Abwasser
Vorlage: BV/280/2021**

Der Betriebsausschuss und der Verwaltungsausschuss haben in dieser Angelegenheit eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Dorroch, Leiter des Eigenbetriebes Stadtwerke Abwasser, erläutert den Wirtschaftsplan anhand einer Präsentation. Die Umsatzerlöse belaufen sich auf insgesamt 7.456.586 €; es werde ein Jahresgewinn in Höhe von 546.692 € ausgewiesen; davon entfallen auf die Schmutzwasserentsorgung 538.848 € und auf den BgA Biogas/Schlamm 7.843 €.

Im Weiteren stellt Herr Dorroch die Mittelverwendung dar. So seien u.a. Investitionen für die Erneuerung von Schmutz- und Niederschlagswasserkanälen geplant sowie Einfriedigungen von Regenrückhaltebecken. Im Bereich der Biogasanlage seien Planungskosten für das Projekt Klärschlamm-trocknung eingeplant, ebenso für den Umbau der E-Versorgung des Blockheizkraftwerkes 3 und den Umbau der Vorlage der Hygienisierung. Diese Investitionen seien notwendig, um die Biogasanlage auf aktuellem Standard zu halten.

Abschließend stellt er die Mittelherkunft dar. Diese entstammen zum größten Teil aus den freiwerdenden Abschreibungen in Höhe von 2.447.000 € und dem Jahresgewinn in Höhe von 547.000 €. Außerdem sind Erstattungen von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Niederschlagswasserbeseitigung in Höhe von 548.000 €, interne Kredite in Höhe von 643.000 € sowie Veränderungen kurzfristigen Betriebsvermögens in Höhe von 1.011.000 € ausgewiesen.

Der Ratsvorsitzende Hebbelmann um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

1. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt den Wirtschaftsplan 2022 in der vorliegenden Form.
2. Zur Sicherung der Liquidität wird der Aufnahme von kurzfristigen Kassenkrediten von bis zu 500.000 EUR zugestimmt.

8. Entgelte 2022 für Schmutz- und Niederschlagswasser

**8.1. Entgelt 2022 a) Schmutzwasser
Vorlage: BV/281/2021**

In dieser Angelegenheit liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung aus dem Betriebsausschuss und dem Verwaltungsausschuss vor.

Herr Dorroch, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Abwasser, stellt den Beschlussvorschlag anhand einer Präsentation vor und erklärt, dass die Gebühren für Schmutzwasserentsorgung sowie der Starkverschmutzerzuschlag in 2022 nicht erhöht werden.

Der gesamte Betriebsaufwand beträgt ca. 5.106.757 €. Hier sind die hohen Abschreibungen, die Aufwendungen der bezogenen Leistungen und die Schlamm-entsorgungskosten zu erwähnen. Demgegenüber stehen Erträge von 450.796 €, die im Wesentlichen über die Starkverschmutzerzuschläge einfließen.

Somit ergibt sich ein Gebührenbedarf von 4.655.961 €, der gegenüber einer geplanten Abwassermenge von ca. 2.290.000 m³ steht. Der Bedarf kann bei gleichbleibender Gebühr gedeckt werden. Es wird in Summe sogar ein Betriebsergebnis in Höhe von 84.339 € erzielt. Hiermit können anteilig Verluste aus Vorjahren ausgeglichen werden.

Herr Dorroch weist darauf hin, dass sich die Stadt Georgsmarienhütte mit den Abwasserpreisen in Höhe von 2,07 €/m³ im Vergleich der umliegenden Städte und Gemeinden noch gut darstelle. Es gebe zwar einige Kommunen mit günstigeren Gebühren,

die stetige Ertüchtigung der Anlagen und die daraus resultierenden Investitionen sorgen aber dafür, dass die Preise auch zukünftig moderat bleiben werden.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ratsvorsitzende Hebbelmann bittet um Abstimmung.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2022 für die Schmutzwasserentsorgung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- a) Das Entgelt wird unverändert auf 2,07 EUR/m³ festgesetzt.
- b) Der Starkverschmutzerzuschlag wird unverändert festgesetzt:

800 g - 1.299 g BSB/m³ = 0,25 EUR
 1.300 g - 1.799 g BSB/m³ = 0,46 EUR
 1.800 g - 2.299 g BSB/m³ = 0,67 EUR
 größer 2.300 g BSB/m³ = 0,88 EUR

Ein Zuschlag wird erhoben, wenn die auf dem Grundstück jährlich anfallende Abwassermenge 3.000 m³ oder die Jahresschmutzmenge 4 t (BSB 5) übersteigt.

**8.2. Entgelt 2022 b) Niederschlagswasser
 Vorlage: BV/282/2021**

Betriebsleiter Dorroch erläutert auch diese einstimmige Beschlussempfehlung aus dem Betriebsausschuss und dem Verwaltungsausschuss anhand der Gebührenbedarfsberechnung für den Bereich Niederschlagswasser.

Die geplanten Betriebsaufwendungen liegen bei ca. 1.057.000 €. Demgegenüber stehen sonstige Betriebserträge in Höhe von ca. 556.000 €. Darin enthalten sind zum größten Teil die Erstattungskosten der Stadt für den Neubau und Betrieb der Niederschlagswasserableitungsanlagen. Der restliche Gebührenbedarf wird durch die Benutzungsgebühr basierend auf einen befestigten Flächenanteil mit einem Entgelt von 15 €/100 m² gedeckt.

Es besteht eine leichte Unterdeckung, der Ausgleich erfolgt über die Gebührenüberdeckung aus dem Jahr 2020 i.H.v. 19 T€. Somit ist für das Jahr 2022 keine weitere Entgeltanpassung notwendig und die Gebühr bleibt damit gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Ratsvorsitzender Hebbelmann bittet um Zustimmung zum präsentierten Beschlussvorschlag.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Gebührenbedarfsberechnung 2022 für die Abwasserentsorgung (Niederschlagswasser) wird in der vorliegenden Form festgestellt.

Das Entgelt beträgt ab 01.01.2022 unverändert für eine bebaute und befestigte Fläche bis zu

300 qm jährlich 45,00 EUR
 und für jede weiteren 100 m² jährlich 15,00 EUR.

**9. Kreditaufnahme 2021 Eigenbetrieb Abwasser
Vorlage: BV/286/2021**

Auch in dieser Angelegenheit liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung aus dem Betriebsausschuss und dem Verwaltungsausschuss vor.

Herr Dorroch führt aus, dass die hohen Investitionen der Jahre 2020/2021 gem. Wirtschaftsplan langfristig zu finanzieren sind. Der Rat der Stadt hatte im März bereits eine Globalermächtigung für Kreditaufnahmen zur Finanzierung der im Kernhaushalt der Stadt Georgsmarienhütte vorgesehenen Investitionen beschlossen, dieses ist für die im Wirtschaftsplan des Eigenbetrieb Abwasser vorgesehene Kreditaufnahme bisher nicht erfolgt. Diese wurden in die Haushaltssatzung der Stadt Georgsmarienhütte übernommen und von der Kommunalaufsicht beim Landkreis Osnabrück genehmigt, ist jedoch nicht Bestandteil der Globalermächtigung gewesen.

Da nun die geplante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen im Eigenbetrieb Abwasser realisiert werden soll, ist die ergänzende Ermächtigung notwendig. Zur Vermeidung von Verwarentgelten für liquide Mittel wurde eine Zwischenfinanzierung aus dem Umlaufvermögen bestritten. Mit dem Abschluss der langfristig im Betriebsvermögen des Eigenbetriebes gebundenen Investitionen soll zum Jahresende 2021 eine fristenkongruente Finanzierung gewährleistet werden. Die Umsetzung erfolgt durch die Verwaltung.

Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass der Ratsvorsitzende Hebbelmann um Abstimmung bittet.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Rat der Stadt beschließt auf Basis der Wirtschaftsplanung sowie der durch den Landkreis genehmigten Haushaltssatzung 2021 die Aufnahme von Kommunaldarlehen für den Eigenbetrieb Abwasser zu folgenden Bedingungen:

Höhe:	bis 2.000.000 €
Zinssatz:	bis 1,5 %
Tilgung:	bis 5,0 %
Auszahlung:	100 %
Zinsbindung:	bis Gesamtlaufzeit

**10. Streichung A15-Stelle Volljurist/in im Stellenplan –
1. Nachtragshaushaltssatzung**

**10.1. Streichung A15-Stelle Volljurist/in im Stellenplan -
Antrag der CDU-Fraktion, GfG-Fraktion und Bündnis/90
Die Grünen/DIE LINKE-Gruppe
Vorlage: BV/298/2021**

Sh. TOP 10.2

10.2. I. Nachtragshaushaltssatzung 2021 mit Nachtragsstellenplan **Vorlage: BV/307/2021**

Diese Angelegenheit wurde auf einen gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, GfG-Fraktion und der Bündnis 90/Die Grünen/DIE LINKE-Gruppe auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Die Vorbereitung erfolgte in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.12.2021. Die Verwaltung war in dieser Sitzung mehrheitlich beauftragt worden, einen entsprechenden Entwurf einer Nachtragshaushaltssatzung zur Änderung des Stellenplanes zur Ratssitzung vorzulegen.

Der Ratsvorsitzende Hebbelmann weist darauf hin, dass es sich hier um einen formalen Antrag zur Stellenplanänderung gehe. Es sei also von der Nennung von Personen und Namen abzusehen.

Ratsherr Lorenz begründet noch einmal den allen Ratsmitgliedern vorliegenden Antrag. Er führt aus, dass er sich in jüngster Zeit intensiv mit den Haushaltszahlen beschäftigt habe und erschrocken war, als er die Schätzung der Erträge und Aufwendungen der nächsten Jahre genauer betrachtet habe. Der Haushalt sei defizitär und weise ein Minus in Höhe von 7,7 Mio € auf, wobei das Problem vornehmlich auf der Ausgabenseite liege. Die nun zur Besetzung anstehende Stelle der Leitung der Stabsstelle für Rechtswesen und Wirtschaftsförderung würde jährlich Kosten in Höhe von knapp 100.000 € bedeuten. S. E. könne auf diese Stelle verzichtet werden, zumal im Bereich Wirtschaftsförderung bereits 2,5 Stellen besetzt seien und juristische Prüfaufträge in der Regel nach außen an Fachanwälte vergeben würden. Der ursprüngliche kommunalrechtliche Hintergrund, dass die Kommune eine/n Volljuristin/en beschäftigen müsse, sollte der Hauptverwaltungsbeamte selbst kein Volljurist sein, komme nicht mehr zum Tragen. Schließlich sei Bürgermeisterin Bahlo Volljuristin. Auf diese Stelle sollte also verzichtet werden. Der Stellenplan sollte über einen Nachtragshaushaltsplan entsprechend geändert werden.

Ratsherr Symanzik weist auf das Treffen der Fraktionsspitzen am Montag, 06.12.2021 hin, bei dem man sich auf eine bestimmte Vorgehensweise geeinigt habe. Am darauffolgenden Mittwoch hätten die anderen Fraktionen dann im Verwaltungsausschuss „eine Rolle rückwärts gemacht“ und den verabredeten Änderungsantrag nicht gestellt. Im Hinblick auf dieses Verhalten sei die SPD/FDP-Gruppe nicht mehr zu einer Zusammenarbeit bereit. Sollte sich die Einstellung der anderen Fraktionen ändern, könne man die Zusammenarbeit wiederaufnehmen.

Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer führt aus, dass die hier nun zur Diskussion stehende Stelle seit jeher im städtischen Stellenplan vorhanden gewesen sei. Leider sei es Tradition der CDU-Fraktion, Stellenstreichungen vornehmen zu wollen, wo immer es ginge - wie es sich in der Vergangenheit häufig gezeigt habe. Er bezieht sich auf einen aktuellen Pressebericht in der NOZ, in dem der Bürgermeisterin mangelnde Transparenz vorgeworfen werde. Eine solche sehe er nicht. Auch sehe er keine Versäumnisse ihrerseits. So sei es z.B. in Sachen Stadtplatz bislang nicht vorangegangen, da noch kein Konzept vorliege; dieses habe aber nicht die Bürgermeisterin zu verantworten. Er führt weiter aus, dass die freigewordene A 15-Stelle ausgeschrieben worden sei; zwischenzeitlich habe sich der Verwaltungsausschuss aber für einen neuen Aufgabenzuschnitt der Stelle ausgesprochen, was eine neue Ausschreibung zur Folge hätte. Über den jetzt vorliegenden Antrag sei er allerdings mehr als erstaunt. Die Verwaltung benötige aber einen „Hausjuristen“ zur Unterstützung der Fachbereiche bei rechtlichen Fragen sowie zur Kommunikation mit ggf. hinzugezogenen Fachanwälten. Es sei nicht sinnvoll, ständig Stellen zu streichen und dann Arbeitsrückstände zu bemängeln – wie jetzt wieder über den NOZ-Bericht geschehen. Er fordert die Antragsteller auf, diesen Antrag zurückzunehmen. Sollte das nicht geschehen, beantrage er eine geheime Abstimmung.

Ratsfrau Jantos findet es interessant, dass der Bürgermeisterin zwei Aufgabenbereiche zugetraut werden – dieses sei aber schlichtweg unmöglich. Auch sie nimmt kurz Stellung zu den erheblichen Vorwürfen gegenüber der Bürgermeisterin im bereits angesprochenen NOZ-Bericht. Die dort bemängelten Situationen seien aber nicht von der Bürgermeisterin zu verantworten, sondern von ihrem Vorgänger bzw. der Politik selbst, welche in den jeweiligen Angelegenheiten noch nicht oder falsch entschieden habe. Sie fügt hinzu, dass es verantwortungslos sei, die Juristen-Stelle solange unbesetzt zu lassen. Je länger dieser Zustand anhalte, desto mehr Schaden entstehe der Stadt. Die Doppelbelastung für Bürgermeisterin Bahlo sei untragbar.

Ratsherr Dr. Ferié trägt vor, dass die Ausschreibung der Juristen-Stelle mit entsprechendem Anforderungsprofil legitim sei. Es bestehe Bedarf für eine/n Volljuristin/en für alle Belange in der Verwaltung. Outsourcing sei mit erheblichem Honorar verbunden. Er fordert, die Stelle zu besetzen und nicht zu streichen.

Bürgermeisterin Bahlo führt aus, dass sie in letzter Zeit sehr gefordert worden sei. Sie bemühe sich zwar redlich um Fachjuristen, aber auch diesen gegenüber seien die städtischen Ansichten und relevanten Tatsachen im Vorfeld klar zu artikulieren. Seitens der Wirtschaftsförderung kämen vermehrt juristische Fragen auf, für die im Hause leider aktuell kein Jurist zur Verfügung stünde.

Seitens der SPD/FPD-Gruppe wird darauf hingewiesen, dass es beim Blick auf die Stellen nicht nur um die finanzielle Seite gehe, sondern um eine vernünftige Personalentwicklung. Es seien keine guten Signale nach außen, wenn seitens der Politik immer wieder Stellenstreichungen gefordert würden. Vielmehr müsse ausreichend Personal für eine ordnungsgemäße Handlungsfähigkeit der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Der Rat habe eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden.

Fachbereichsleiter Menke erklärt, dass entsprechend des Auftrages des Verwaltungsausschusses bzgl. der haushaltsrechtlichen Vorgaben eine Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragstellenplan vorbereitet und dem Rat vorgelegt wurde. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung den Rat vor einer Beschlussfassung über alle rechtlich relevanten Aspekte zu informieren habe. Vor diesem Hintergrund weist er darauf hin, dass der Beschluss zum Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung in diesem Fall zu rechtlichen Problemen führen könne, da man sich in einem Auswahlverfahren befinde.

Ratsherr Dr. Ferié trägt vor, dass die Ratsmitglieder mitverantwortlich seien für ein Prozedere, welche parallel laufe. Er distanzieren sich davon und fordere die Antragsteller auf, ihren Antrag zurückzuziehen, um Schaden vom Rat, der Stadt und Personen abzuwenden.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ratsvorsitzende Hebbelmann zusammen, dass die Antragsteller ihren Antrag in dem Sinne aufrechterhalten, dass eine Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragsstellenplan beschlossen werden soll, welcher vorsieht, die A 15 Stelle ab dem 01.08.2021 mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Eine große Mehrheit des Rates spricht sich für eine geheime Abstimmung über den präsentierten Beschlussvorschlag aus.

Ratsherr Dr. Ferié beantragt eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung. Diesem Antrag wird stattgegeben und die Sitzung von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung lässt der Ratsvorsitzende Hebbelmann die geheime Abstimmung durchführen. Für die Auszählung der Stimmen bestimmt er die Ratsmitglieder Bölscher und Knuf.

Das Ergebnis der Stimmenauszählung lautet.
21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Damit ist folgender Beschluss mit 21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2021 wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**11. Dorferwicklungsmaßnahme "Anlage eines Dirtparks";
Kostenfortschreibung und aktualisierte Planung
Vorlage: BV/304/2021**

Diese Angelegenheit wurde nachträglich auf die heutige Ratstagesordnung gesetzt. Es liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vor.

Ratsfrau Weckermann trägt vor, dass die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in dieser Angelegenheiten keine einheitliche Meinung vertreten. Ursprünglich sei ein Dirtpark auf Naturböden geplant gewesen, welchen sich die Radfahrer gewünscht hätten. Leider habe man dafür keinen geeigneten Standort gefunden. Daraufhin sei geplant worden, die bestehende Skateranlage zu erweitern; die Kostenschätzung hierfür belief sich auf 42.000 €. Die jetzt geplante Anlage sei nicht „bestellt“, viel zu teuer und entspreche nicht dem, was sich die Radfahrer gewünscht hätten.

Ratsher Beermann sieht in dieser Angelegenheit ein typisches Beispiel dafür, wie einige Projekte in der Stadt Georgsmarienhütte laufen. Seit ca. 10 Jahren diskutiere man über einen Dirtpark, das jetzt geplante Projekt könne man allerdings nicht mehr als einen solchen bezeichnen. Im Jahr 2012 habe die SPD-Fraktionen einen Antrag für eine günstige Lösung gestellt; dieser Antrag sei damals leider abgelehnt worden. Im Jahr 2014 habe sich dann im Rahmen des Jugendforums der Dirtpark als zentrales Anliegen herausgestellt. Viele Standorte seien diskutiert worden, aber dann leider allesamt nicht zum Tragen gekommen. Schließlich habe man sich auf den Standort an der Skateranlage am Carl-Stahmer-Weg geeinigt, mit dem die Anlage eine Einheit bilden könnte. Die sich nun abzeichnende Preissteigerung habe niemand zu verantworten, weder der Rat noch einzelne Personen, die Problematik bestehe weltweit. Würde man das Projekt jetzt canceln, wäre das eine Versündigung an den Jugendlichen.

Ratsherr Sprekelmeyer erklärt, dass er zunächst sehr erschrocken gewesen sei über die enorme Kostensteigerung. Hier habe man aber die Möglichkeit, etwas für die Jugendlichen zu machen, auch wenn es sich nicht um den ursprünglich angedachten Dirtpark handele. Die CDU-Fraktion würde den Beschlussvorschlag mitgehen, möchte aber die Jugendlichen einbeziehen.

Ratsfrau Funke schließt sich den Äußerungen des Ratsherrn Beermann an. Sie könne sich gut vorstellen, dass die 7.- und 8.-Klässler die Anlage gern nutzen. Den Standort in unmittelbarer Nähe zum Schulzentrum halte sie für gut geeignet. Sie stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Fachbereichsleiter Dimek führt aus, dass sich die aktuelle Kostenschätzung für dieses Projekt auf 256.000 € belaufe. Hierfür stünden Fördermittel in Höhe von fast 159.000 € zur Verfügung. Die ursprüngliche Variante wäre mit 26.400 € gefördert worden. Bzgl. der Beteiligung der Jugendlichen an der finalen Gestaltung der Anlage erklärt er, dass, bei heutiger positiver Beschlussfassung, morgen eine entsprechende Seite auf der städtischen

Homepage freigeschaltet werde. Dort werden die Jugendlichen angesprochen und um ihre Meinung zum Projekt gebeten sowie um eine Auswahl zwischen zwei Planungsvarianten.

Diese Beteiligung der Jugendlichen wird seitens des Rates sehr begrüßt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet der Ratsvorsitzende um Abstimmung.

Folgender Beschluss wird bei 3 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Die Planung und Umsetzung der Dorfentwicklungsmaßnahme „Anlage eines Dirtparks“ soll auf Grundlage des aktualisierten Planungsentwurfs und der aktualisierten Kostenschätzung weitergeführt werden und die Ausschreibung der Baumaßnahmen auf dieser Grundlage erfolgen.

12. Bericht der Bürgermeisterin

Ein Bericht der Bürgermeisterin wird nicht vorgetragen. Bürgermeisterin Bahlo wünscht aber an dieser Stelle allen Bürgerinnen und Bürgern, Herrn Dorroch sowie Herrn Elbers als Vertreter der Presse frohe Weihnachten und alles Gute für das kommende Jahr.

13. Anfragen

13.1. Betrieb auf der Fläche Malberger Esch 12

Ratsfrau Funke stellte am 13.12.2021 folgende Anfrage per E-Mail:

„Betrifft Betrieb auf der Fläche Malberger Esch 12

Wir bitten um Auskunft:

1. Inwieweit hat inzwischen eine Schlussabnahme nach der Umnutzung der ehem. landwirtschaftlichen Hofstelle stattgefunden, ggf. mit welchem Ergebnis?
2. Was ist der Stadt über den Betrieb eines Sportwettenbetriebes auf diesem Grundstück bekannt und inwieweit liegt ggf. dafür eine Erlaubnis vor?

Antwort der Verwaltung:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der Baugenehmigung wurde vom Landkreis auf eine Schlussabnahme/Rohbauabnahme verzichtet.

Hier wurde eine Umnutzung beantragt (jetzt: Software-Entwickler).

Zu Frage 2.:

Der Stadt Georgsmarienhütte, FB IV sowie auch FB II, ist kein Betrieb für Sportwetten bekannt bzw. hierzu liegen keine Antragsunterlagen vor.

Auch der Landkreis hat hierzu keine Informationen.

13.2. Offener Brief im blick-punkt

Ratsherr Gröne bezieht sich auf einen im blick-punkt Mitte November veröffentlichten offenen Brief einiger Bürgerinnen und Bürger und fragt an, ob die Verwaltung zwischenzeitlich Gespräche mit den Absendern geführt habe.

Antwort der Verwaltung:

Mit einigen der Absender wurden Gespräche geführt.

13.3. Weitere Baugebiete

Ratsherr Gröne fragt an, ob aktuell neben dem Wohnbaugebiet Südlich Schulzentrum/Südlich Panoramabad auch noch kleinere dezentrale Baugebiete geplant seien.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung führt derzeit aktiv Gespräche bzgl. möglicher weiterer Baugebiete im Stadtgebiet. Hierrüber wird regelmäßig im Verwaltungsausschuss berichtet, der jeweilige Sachstand ist den Protokollen zu entnehmen.

13.4. Kosten juristischer Beratungen

Ratsherr Müller führt aus, dass – wie der Beschlussvorlage zu entnehmen - bei Einsparung der Juristenstelle jährlich ca. 93.000 € eingespart werden könnten. Er fragt an, in welcher Höhe bei Einsparung der Stelle Kosten für juristische Beratungen durch externe Juristen anfallen würden.

Ratsherr Sprekelmeyer bittet um Auskunft, ob bislang auch schon Aufträge nach außen gegeben worden seien.

Antwort der Verwaltung:

In welcher Höhe Kosten für externe juristische Beratungen entstehen würden, kann im Vorfeld nicht gesagt werden. Eine Stunde anwaltliche Beratung wird mit ca. 250 € berechnet. Auch bislang wurden juristische Prüfaufträge etc. nach außen gegeben, insbesondere, wenn fachanwaltliches Wissen gefragt war. So sind beispielweise für die Beratungen in Sachen Rückübertragung Krankenhaus bislang Kosten in Höhe von 5.000 € angefallen. Der Jurist/die Juristin im Hause wäre in erster Linie als Unterstützung zur Klärung juristischer Fragestellungen, wie z.B. im Vertragsrecht, in den Fachbereichen zuständig.

Der keine weiteren Anfragen vorgetragen werden, schließt der Ratsvorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Bahlo
Bürgermeisterin

Jahnke
Protokollführung